

Pressemitteilung

02.03.2022

Internationaler Frauentag am 8. März

Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen muss verbessert werden

Frauen haben ein Recht auf selbstbestimmte Familienplanung. Dieses Menschenrecht darf nicht beschnitten werden. Daher muss die Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen dringend verbessert werden, fordert pro familia Schleswig-Holstein am Internationalen Frauentag. „Die Situation für Frauen, die sich für einen Abbruch der Schwangerschaft entschieden haben, verschlechtert sich jedoch weiter - und das, obwohl schon seit einiger Zeit mehrere Verbände auf akuten Handlungsbedarf hinweisen“, kritisiert Dagmar Steffensen, stv. Geschäftsführerin des Landesverbandes. „Wenn die Politik nicht bald handelt, droht ein Engpass. Denn nur noch wenige Krankenhäuser führen Schwangerschaftsabbrüche durch, auch öffentlich geförderte Kliniken ziehen sich von dieser Aufgabe zurück. Hinzu kommt ein Rückgang der Schwangerschaftsabbrüche in gynäkologischen Praxen. Wir erwarten, dass das Land seinem Versorgungsauftrag nachkommt und auch die Kliniken verstärkt in die Pflicht nimmt.“

Die Verpflichtung der Bundesländer ist im §13 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG) eindeutig festgeschrieben: (2) „Die Länder stellen ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sicher.“ In diesen Einrichtungen muss auch die notwendige Nachbehandlung gewährleistet sein, vgl. §13 (1) SchKG.

„Doch die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren verlief völlig konträr. Das Angebot in Schleswig-Holstein wurde massiv, um 50 Prozent, abgeschmolzen. Vielerorts gibt es überhaupt keine Möglichkeit mehr für einen Abbruch“, berichtet Steffensen. „Frauen, die sich ohnehin in einer sehr belastenden Lage befinden, müssen immer häufiger weite Wege auf sich nehmen.“

„Als Träger sehen wir mit Sorge, dass Möglichkeiten des Abbruchs weiter zunehmend eingeschränkt werden“, betont Landesgeschäftsführer Thorsten Prümm. „So hat beispielsweise in Flensburg die Zusammenlegung der Krankenhäuser zu einer ökumenischen Klinik zur Folge, dass dort keine Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen mehr angeboten werden soll. Dies bedeutet eine starke Verschlechterung für ungewollt schwangere Frauen im Norden Schleswig-Holsteins.“

„Die Betroffenen werden völlig außer Acht gelassen. Sie stehen aber unter großem Zeitdruck, da ein Abbruch nur bis zum Ende der 12. Schwangerschaftswoche straffrei ist“, sagt Steffensen. „Wir brauchen daher parallel auf Bundesebene eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs, die Frauen und Ärzt*innen nicht länger kriminalisiert und stigmatisiert.“

pro familia fordert eine gesetzliche Regelung außerhalb des Strafgesetzbuchs, die dem Menschenrecht auf selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung entspricht.

Weitere Informationen:

pro familia Schleswig-Holstein, Marienstr. 29-31, 24937 Flensburg, Tel. 0461 - 90 92 620

lv.schleswig-holstein@profamilia.de - www.profamilia.de/sh